302/AB
vom 20.04.2018 zu 304/J (XXVI.GP)

Hartwig Löger
Bundesminister für Finanzen

BMF
BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

Herrn Präsidenten
des Nationalrates
Mag. Wolfgang Sobotka
Parlament
1017 Wien

Wien, am 19. April 2018
GZ. BMF-310205/0021-GS/VB/2018

Sehr geehrter Herr Präsident!

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 304/J vom 22. Februar 2018 der Abgeordneten Josef Schellhorn, Kolleginnen und Kollegen beehre ich mich Folgendes mitzuteilen:

Vorweg ist festzuhalten, dass im Bundesministerium für Finanzen (BMF) im Rahmen eines umfassend aufgesetzten Management-by-Objectives-Prozesses (MbO) mit den nachgeordneten Dienststellen Zielvereinbarungen getroffen werden, in denen Schwerpunkte der Arbeit des jeweiligen Jahres definiert und mit Kennzahlen bzw. Messgrößen als Indikatoren für die Zielerreichung hinterlegt werden. Die in der Anfrage verwendete Formulierung „Zielvorgaben" entspricht also nicht der Systematik des MbO-Prozesses im BMF, wird aber in der Beantwortung als Begriff aus der Anfrage übernommen und verwendet. Sowohl für die Schwerpunkte als auch für die Indikatoren der Zielvereinbarungen gilt, dass diese niemals auf einzelne Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter oder gar auf einzelne Abgabenfälle heruntergebrochen werden.

Zu 1.:

In den Jahren 2008 und 2009 beinhalten die Zielvorgaben die Anzahl der Prüfungsfälle sowie die Höhe der Mehrergebnisse.

Seit 2010 gibt es keine Zielvorgaben hinsichtlich der Mehrergebnisse mehr.

Johannesgasse 5
1010 Wien, Österreich
Telefon +43 (0) 1 51433-500 000
Fax +43 (0) 1 51433-5 070 60

Folgende Zielvorgaben bei Betriebsprüfungen gab es in den Jahren 2008 bis 2017:

Jahr 2008

Finanzämter:
15.800 Betriebsprüfungsfälle (Betriebsprüfungen, Umsatzsteuersonderprüfungen, Erhebungen, Nachschauen, Present Observation) sowie Mehrergebnis, (inkl. Änderungen der Bemessungsgrundlage Feststellungsfälle) 640.000.000 Euro

Großbetriebsprüfung:
4.100 Prüfungsfälle, davon 2.690 G-Fälle (Betriebsprüfungen, Umsatzsteuersonderprüfungen, Erhebungen, Nachschauen, UMA-Prüfungen) sowie Mehrergebnis, (inkl. Änderung der Bemessungsgrundlage Feststellungsfälle) 830.000.000 Euro

Jahr 2009

Finanzämter:
16.000 Betriebsprüfungsfälle (Betriebsprüfungen, Umsatzsteuersonderprüfungen, Erhebungen, Nachschauen, Present Observation) sowie Mehrergebnis, (inkl. Änderungen der Bemessungsgrundlage Feststellungsfälle) 664.000.000 Euro

Großbetriebsprüfung:
4.100 Prüfungsfälle davon 1.600 G-Fälle (Betriebsprüfungen, Umsatzsteuersonderprüfungen, Erhebungen, Nachschauen, UMA-Prüfungen) sowie Mehrergebnis, (inkl. Änderung der Bemessungsgrundlage Feststellungsfälle) 830.000.000 Euro

Steuerfahndung: 70 Betriebsprüfungsfälle

Jahr 2010 (Wechsel der Zielvorgaben – ab diesem Jahr keine Mehrergebnisse mehr in den Zielvorgaben)

Finanzämter: 16.500 Betriebsprüfungsfälle

Großbetriebsprüfung: 3.150 Fälle (davon 1.100 G-Fälle)

Steuerfahndung: 35 Betriebsprüfungsfälle

Jahr 2011

Finanzämter: 16.600 Betriebsprüfungsfälle

Großbetriebsprüfung: 3.150 Fälle (davon 1.100 G-Fälle)

Steuerfahndung: 35 Betriebsprüfungsfälle

Jahr 2012

Finanzämter:
51.600 Außenprüfungen und sonstige Aufsichtsmaßnahmen (inkl. Betriebsprüfungen, Umsatzsteuersonderprüfungen, Erhebungen, Nachschauen, Zusammenfassende Meldungen, UMA-Prüfungen, Amtshilfeersuchen, Present Observation, GPLA-Nachschauen inkl. der Maßnahmen der Finanzpolizei, Liquiditätsprüfungen, exkl. Antrittsbesuche)

Großbetriebsprüfung: 3.150 Fälle (davon 1.100 G-Fälle)

Steuerfahndung: 40 Betriebsprüfungsfälle

Jahr 2013

Finanzämter:
51.600 Außenprüfungen und sonstige Aufsichtsmaßnahmen (inkl. Betriebsprüfungen, Umsatzsteuersonderprüfungen, Erhebungen, Nachschauen, Zusammenfassende Meldungen, UMA-Prüfungen, Amtshilfeersuchen, Present Observation, GPLA-Nachschauen inkl. der Maßnahmen der Finanzpolizei, Liquiditätsprüfungen, exkl. Antrittsbesuche)

Großbetriebsprüfung: 4.500 Fälle (davon 1.100 G-Fälle)

Steuerfahndung: 35 Betriebsprüfungsfälle

Jahr 2014

Finanzämter:
50.120 Außenprüfungen und sonstige Aufsichtsmaßnahmen (inkl. Betriebsprüfungen, Umsatzsteuersonderprüfungen, Erhebungen, Nachschauen, Zusammenfassende Meldungen, UMA-Prüfungen, Amtshilfeersuchen, Present Observation, GPLA-Nachschauen, Liquiditätsprüfungen, exkl. Antrittsbesuche)

Großbetriebsprüfung: 4.000 Fälle (davon 1.100 G-Fälle)

Steuerfahndung: 35 Betriebsprüfungsfälle

Jahr 2015

Finanzämter: 16.615 Betriebsprüfungsfälle

Großbetriebsprüfung: 4.000 Fälle (davon 1.100 G-Fälle)

Steuerfahndung: 35 Betriebsprüfungsfälle

Jahr 2016

Finanzämter: je Vollbeschäftigungsäquivalent (VBÄ) 110 Punkte (inkl. Liquiditätsprüfungen)

Großbetriebsprüfung: je VBÄ 160 Punkte

Steuerfahndung: 35 Betriebsprüfungsfälle

Jahr 2017

Finanzämter: je VBÄ 110 Punkte (inkl. Liquiditätsprüfungen)

Großbetriebsprüfung: je VBÄ 160 Punkte

Zu 2.:

Die Zielvorgaben hinsichtlich Betriebsprüfungen werden im Rahmen des jährlichen standardisierten Zielvereinbarungsprozesses erarbeitet und kommuniziert.

Zu 3. und 4.:

Siehe die Beantwortung zu Frage 1. Die bundesweiten Vorgaben werden auf die einzelnen Finanzämter bzw. Prüfungsteams heruntergebrochen bzw. verteilt.

Zu 5. bis 8.:

Es werden weder Mehrergebnisse aus Betriebsprüfungen noch durch Betriebsprüfungen verursachte Strafen budgetiert. Darüber hinaus werden in der Betriebsprüfung grundsätzlich keine Strafen verhängt. Hinsichtlich dieser gab es daher keine Zielvorgaben. Ab 2010 gab es auch hinsichtlich der Mehrergebnisse keine Zielvorgaben mehr.

Zu 9.:

Hinsichtlich der einzelnen Betriebsprüfungen gibt es keine Zielvorgaben.

Zu 10.:

Hinsichtlich Anzahl der Prüfungen, im Rahmen derer Mängel festgestellt werden, gibt es keine zahlenmäßigen oder statistischen Zielvorgaben.

Zu 11.:

Zielvereinbarungen im Finanzressort wurden erstmals im Jahr 2004 für das Jahr 2005 eingeführt.

Zu 12.:

Aus derzeitiger Sicht ist eine Änderung der Anzahl an Prüfungen (Zielvorgabe) nicht erforderlich.

Zu 13.:

Neben der Anzahl an Prüfungen bzw. Punkten (Zielvorgabe) gibt es keine weiteren internen Vorgaben.

Zu 14.:

Die Gesamtanzahl an Prüfungen sind in Standards und Schwerpunkte kategorisiert. Beide Bereiche beinhalten Indikatoren, anhand deren die Erfolgsmessung erfolgt bzw. Entwicklungsziele, die einen gewünschten Zielzustand beschreiben. Zielvorgaben bzw. Indikatoren, die sich auf im Rahmen von Außenprüfungsverfahren festgestellte Mängel beziehen, gibt es nicht.

Zu 14. a.i. und 14. a.ii.:

Nein.

Zu 14.b.:

Während Standards mittel- und langfristige Ziele bzw. Kernaufgaben der Finanzverwaltung abbilden, beschreiben die Schwerpunkte den Fokus der laufenden Periode.

Zu 15.:

Ja, ab den Zielvereinbarungen 2016 wurde von einer ausschließlich quantitativen Leistungssteuerung abgegangen und auf ein Punktemesssystem in der Betriebsprüfung umgestellt, das neben quantitativen auch qualitative Aspekte beinhaltet.

Zu 15.a.:

Die Grundlage für das Punktesystem wird nach jährlicher Evaluierung in den jeweiligen Zielvereinbarungen bzw. im standardisierten Zielvereinbarungsprozess kommuniziert und dokumentiert.

Zu 15.b.:

Abhängig von festgelegten qualitativen Faktoren (Betriebsgröße, Rechtsgrundlage der Prüfung, Anzahl der Prüfungsjahre,…) werden die einzelnen Betriebsprüfungsfälle gewichtet.

Zu 15.c.:

Ziel des Punktesystems in der Betriebsprüfung ist eine gewisse Differenzierung der Betriebsprüfungsfälle. Erfahrungswerte der vergangenen Jahre zeigen, dass der eingesetzte Zeitaufwand in Betriebsprüfungsfällen abhängig von diversen Faktoren variiert (z.B. ist die durchschnittliche Dauer von Betriebsprüfungen gemäß § 99 Abs. 2 Finanzstrafgesetz doppelt so lang wie die durchschnittliche Dauer von Betriebsprüfungen gemäß § 147 Bundesabgabenordnung).

Dadurch soll sichergestellt werden, dass Betriebsprüferinnen und Betriebsprüfern die erforderliche Zeit für die Durchführung einer Betriebsprüfung eingeräumt wird.

Zu 15.d.:

Die jährliche Vorgabe für Betriebsprüferinnen und Betriebsprüfer im Bereich der Betriebsprüfung (Finanzämter) beträgt durchschnittlich 110 Punkte pro VBÄ, wobei im Wesentlichen 1 Punkt einen Zeitaufwand von einem Betriebsprüfungstag darstellt. Der Zielwert in der Großbetriebsprüfung beträgt jährlich 160 Punkte je VBÄ.

Zu 16. und 17.:

In der Leistungssteuerung werden Leistungskennzahlen mit den vorhandenen Ressourcen verknüpft. Konkrete inhaltliche steuerliche Feststellungen bzw. Mängel in den einzelnen Maßnahmen werden statistisch nicht erfasst.

Daher können aufgrund der Datenlage keine Angaben darüber gemacht werden, in welchen Branchen und bei welcher Unternehmensgröße besonders oft Mängel aufgezeigt werden.

Der Bundesminister:

Hartwig Löger

(elektronisch gefertigt)

BMF BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN	Prüfhinweis	Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels bzw. der elektronischen Signatur finden Sie unter: https://amtssignatur.brz.gv.at/
	Datum/Zeit	2018-04-20T09:47:50+02:00
Unterzeichner	Bundesministerium für Finanzen	
Aussteller-Zertifikat	CN=a-sign-corporate-light-02,OU=a-sign-corporate-light-02,O=A-Trust Ges. f. Sicherheitssysteme im elektr. Datenverkehr GmbH,C=AT	
Serien-Nr.	1814163722	
Dokumentenhinweis	Dieses Dokument wurde amtssigniert.	



	Unterzeichner	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2018-04-20T09:48:44+02:00
	Prüfinformation	Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel
Hinweis	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt.	